

„Wir wollen nicht, dass unsere Mitschüler abgeschoben werden!“

Schüler und Schülerinnen, Eltern und LehrerInnen der GSM übergeben Bremer Innensenator über 500 Protest-Postkarten

Bremen, 19.09.16

Eine Delegation von SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern der Gesamtschule Bremen Mitte wird Innensenator Mäurer morgen über 500 Postkarten übergeben. Bereits in der letzten Woche hatten SchülerInnenvertretung und Elternbeirat beschlossen, die Postkartenaktion zu unterstützen. Auf der Rückseite werden sie jeweils begründen, warum sie nicht wollen, dass ihre MitschülerInnen abgeschoben werden. Anlass für die Aktion ist die Empörung darüber, dass eine ihrer Mitschülerinnen heute „freiwillig ausreisen“ soll, und zwar in ein Land, in dem sie und ihre Familie alles andere als sicher sind.

Die Schülerin, um die es konkret geht, möchte im Hintergrund bleiben. Vor knapp 2 Jahren ist sie mit ihrer Familie aus Serbien nach Bremen gekommen. Nachdem sie eineinhalb Jahre lang zu sechst in einem Zimmer in einem Container gelebt hat, war die Familie froh, vor drei Monaten endlich eine Wohnung beziehen zu können. „Endlich kann ich in Ruhe lernen“, sagt die Schülerin. Sie weiß genau, warum sie nicht zurück möchte: „In Serbien haben die Kinder mich geschlagen, meine Hefte zerrissen oder mir meine neue Jacke weggenommen.“ Seit sie von der Aufforderung zur freiwilligen Ausreise weiß, hat sich ihr fröhliches Wesen verändert: „Ich habe große Angst, dass plötzlich die Polizei in unserer Wohnung steht.“

Morgen beginnt der Schultag für die SchülerInnen der GSM in der Turnhalle. Allegra Schneider vom Flüchtlingsrat Bremen informiert darüber, wie es abgeschobenen Roma in Serbien geht. Sie selbst hat auf Recherchereisen durch die Balkanstaaten die Situation von Roma aus juristischer, medizinischer und journalistischer Perspektive dokumentiert. Das Ergebnis ist ernüchternd. „Von sicheren Herkunftsstaaten kann für Roma in Anbetracht der Verfolgung und Gewalt, mit der sie täglich konfrontiert sind, keine Rede sein“, so Allegra Schneider. Zwei ihrer Interviews mit Jugendlichen wird sie den SchülerInnen zeigen. Im Anschluss an die Filme setzen sich SchülerInnen und LehrerInnen damit auseinander, wie es ihnen mit der drohenden Abschiebung geht. Auf Grundlage von Fragen wie: „Wie würde es mir in dieser Situation gehen? Was wäre, wenn plötzlich mein_e beste_r Freund_in abgeschoben werden würde?“ gestalten sie die Postkarten. „Wir hoffen, dass wir mit dieser Aktion eine drohende Abschiebung verhindern können“, sagt Jutta Fernholz, Schulleiterin der Gesamtschule Bremen Mitte.

Die drohende „freiwillige Ausreise“ hat die LehrerInnen Janina Tritschler, Martin Mauritz und Niels Kalin dazu gebracht, sich für die Familie ihrer Schülerin zu engagieren. „Für uns ist klar, dass alle unsere SchülerInnen bleiben sollen“, sagt Niels Kalin. „Denn alle Kinder haben das Recht, in einer sicheren Umgebung ohne Diskriminierung zu leben. Sie haben das Recht auf Zugang zu sauberem Wasser, Nahrung, medizinischer Versorgung und Bildung, sowie auf Mitsprache bei Entscheidungen, die ihr Wohlergehen betreffen“, ergänzen Martin Mauritz und Janina Tritschler.

Kontakt: Niels Kalin 0176/70181772
Janina Tritschler 0176/83848795

Anlage:

Die **UN-Kinderrechtskonvention** legt wesentliche Standards zum [Schutz der Kinder](#) weltweit fest und stellt die Wichtigkeit von deren Wert und Wohlbefinden heraus. Die vier elementaren Grundsätze, auf denen die Konvention beruht, beinhalten das Überleben und die [Entwicklung](#), die [Nichtdiskriminierung](#), die Wahrung der Interessen der Kinder sowie deren [Beteiligung](#).

Im Originaltext braucht es dazu 54 Artikel in sehr komplizierter und sicher nicht kindgerechter Sprache.[3] Die [UNICEF](#), die Kinderrechtsorganisation der [UNO](#), fasst den 20 Seiten langen Text in zehn [Grundrechten](#) zusammen[4] (Die Nummerierung entspricht nicht jener der Artikel!):

1. Das Recht auf [Gleichbehandlung](#) und Schutz vor [Diskriminierung](#) unabhängig von [Religion](#), Herkunft und [Geschlecht](#);
2. Das Recht auf einen Namen und eine [Staatszugehörigkeit](#);
3. Das Recht auf [Gesundheit](#);
4. Das Recht auf [Bildung](#) und [Ausbildung](#);
5. Das Recht auf [Freizeit](#), [Spiel](#) und [Erholung](#);
6. Das Recht, sich zu [informieren](#), sich mitzuteilen, gehört zu werden und sich zu [versammeln](#);
7. Das Recht auf eine [Privatsphäre](#) und eine [gewaltfreie Erziehung](#) im Sinne der [Gleichberechtigung](#) und des [Friedens](#);
8. Das Recht auf sofortige Hilfe in [Katastrophen](#) und Notlagen und auf Schutz vor Grausamkeit, Vernachlässigung, Ausnutzung und Verfolgung;
9. Das Recht auf eine [Familie](#), elterliche [Fürsorge](#) und ein sicheres Zuhause;
10. Das Recht auf Betreuung bei [Behinderung](#).

In der Praxis heißt das, Kinder haben das [Recht](#), in einer sicheren Umgebung ohne Diskriminierung zu leben. Sie haben das Recht auf Zugang zu sauberem [Wasser](#), [Nahrung](#), [medizinischer Versorgung](#), Ausbildung und auf Mitsprache bei Entscheidungen, die ihr Wohlergehen betreffen.

Quelle: Wikipedia „[Kinderrechtskonvention](#)“